

Klaus-Dieter Heiser (*Call for Papers, 23.05.2021*)

Gedanken zur Debatte über unsere kommunalpolitischen Strategie

Es hieße „Eulen nach Athen tragen“, den Wahlkampf 2021 als „anders als vorangegangene Wahlkämpfe“ zu charakterisieren. Es gibt kaum ein Politikfeld, auf dem die gegenwärtige Corona-Pandemie uns nicht vor neue Herausforderungen stellt, auf dem nicht die bereits zuvor bestehenden Widersprüche zugespitzt sichtbar geworden sind. Die kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihrer Profit- und Marktlogik erweist sich als zu eng, um die Probleme international, national, regional und kommunal zu lösen. Wir erleben es zum Beispiel in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen und Impfzentren, bei den Corona-Tests, aber auch in den Betrieben und Schulen.

Es überrascht deshalb nicht, dass in den Umfragen zu wahlentscheidenden Themen für die Septemberwahlen wiederholt an erster Stelle genannt wird: Soziale Absicherung. Diese Nennung umfasst das gesamte Feld der sozialen Daseinsvorsorge. Als weitere Felder werden genannt: Wohnen, Integration, Bildung, Umwelt-/Klimaschutz und mit Abstand Verkehr. Zu diesen Themen haben wir auf der Neuköllner Mitgliederversammlung im Oktober 2020 Einschätzungen getroffen und Forderungen formuliert. Ich halte sie auch nach einem halben Jahr und den Erfahrungen während der Entwicklung der Corona-Pandemie insgesamt für tragfähig, um Neuköllnerinnen und Neuköllner für DIE LINKE zu gewinnen.

Für die Zeit bis zum Wahltag mit Anknüpfungsmöglichkeiten in der Zeit danach sehe ich für uns insbesondere

- die Unterstützung der Forderungen der Beschäftigten des Vivantes-Klinikums Neukölln (Ultimatum);
- die Forderung an das Jobcenter Neukölln, in einem Pilotprojekt auf Sanktionen zu verzichten;
- Kulturangebote als Daseinsvorsorge zu propagieren. Kontakte aufzunehmen zu Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen im Bezirk zur Abwendung der Folgen der Corona-Pandemie. Öffentliche Interventionen zum Schutz von Kulturschaffenden vor steigenden Gewerbesteuern;
- die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und den Kampf der Mieterinnen und Mieter. Nachzahlungsforderungen infolge der Aufhebung des Mietendeckels, abgelaufene Stundungen von Mietzahlungen wegen Einkommensverlusts durch Corona-Maßnahmen und auch nach den neuen Mietenspiegel wieder mögliche Mieterhöhungen dürfen nicht zum Wohnungsverlust führen;
- das Ende der rassistischen Clandebatte und eine diskriminierungsfreie Behandlung des migrantischen Gewerbes;
- Aufklärung der rechten Anschläge gegen antifaschistische Aktivist:innen;
- die Initiative saubere Schulen zur Rekommunalisierung der Schulreinigung, „Schule in Not“ sowie „Schule muss anders“;
- die Kampagne für sichere Radwege auf Hauptverkehrsstraßen;
- eine S-Bahn für alle, gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn;
- 100% Tempelhofer Feld verteidigen.

In der kommenden Wahlperiode werden der Bezirksverband und die BVV-Fraktion an den aktuellen Aktionen und Kampagnen anknüpfen können: Keine Fraktion ohne Aktion! Ziel sollte es sein, DIE LINKE im Bezirk weiter zu verankern, weitere Mitglieder unter den in Initiativen Aktiven zu gewinnen, ihnen in unseren Basisorganisationen ein weiteres politisches Handlungsfeld anzubieten und unsere Forderungen schrittweise im Bezirk mehrheitsfähig zu machen.

Das wird unter den Bedingungen kapitalistischer Gentrifizierung eine komplizierte Aufgabe sein, die nur mit starker Mitwirkung der Neuköllnerinnen und Neuköllner gelöst werden kann. Bereits in den zurückliegenden Jahren hat die Verdrängung aus den Kiezen im Neuköllner Norden zu erheblichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Einwohner:innen geführt. Sogenannte Aufwertungen, wie zum Beispiel das Benko-Projekt am Hermannplatz oder im ehemaligen Quelle-Kaufhaus in der Karl-Marx-Straße könnten diesen Prozess beschleunigen. Zu beobachten ist eine Nord-Süd-Wanderung innerhalb des Bezirks, aber auch in Richtung Brandenburg. Das betrifft auch Familien mit Migrationsgeschichte. Darauf sollten wir uns einstellen.

Das aktuell prognostizierte BVV-Wahlergebnis zeigt noch keine Bestätigung der gegenwärtigen Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. Für die Mehrheitsbildung zur Wahl des Bürgermeisters könnte der Wunsch an die Linksfraktion herangetragen werden, dieser Zählgemeinschaft beizutreten. Das wirft sowohl Fragen nach politischen Inhalten als auch zum wahltaktischen Verhalten auf. Die Erfahrungen der Zählgemeinschaft von PDS, SPD und Grünen in der Ära Buschkowsky sind unvergessen und sollten nicht erneut gemacht werden. Denn DIE LINKE kann nicht nur Mehrheitsbeschafferin sein, DIE LINKE steht für einen Politikwechsel, der für eventuelle Sondierungen und Vereinbarungen mit SPD und Grünen entscheidend sein sollte. Wenn DIE LINKE einen rechnerischen Anspruch auf einen Stadtratsposten bekommt, sollte der Zuschnitt der Verantwortungsbereiche des Bezirksamtes und die Unterstützung des Besetzungsvorschlags der LINKEN Gegenstand einer Vereinbarung sein. Die Eigenständigkeit der Fraktion bei Abstimmungen während der Wahlperiode, insbesondere in, ist zu gewährleisten.

DIE LINKE sollte gegebenenfalls im Bezirksamt einen Verantwortungsbereich anstreben, der maximale Aufmerksamkeit bei den Neuköllnerinnen und Neuköllnern sowie in der Öffentlichkeit finden kann und in dem die Möglichkeit besteht mit Initiativen, Interessenvertreterinnen sowie Basisakteuren zusammenzuwirken.

Die BVV-Neukölln ist dem Berliner Abgeordnetenhaus nachgeordnet. Ihre Wahlperiode ist synchron zum Abgeordnetenhaus, sie ist Teil der Berliner Verwaltung. Auch das Bezirksamt ist keine Regierung im eigentlichen Sinn, es wird nicht nach politischen Mehrheiten gebildet, sondern seine Zusammensetzung ergibt sich rechnerisch aus dem Wahlergebnis. Nur die Wahl des Bürgermeisters erfolgt durch Mehrheitsbildung. Der Spielraum für die BVV ergibt sich aus dem Spannungsfeld: bürokratische Verwaltung oder politische Verwaltung. DIE LINKE ist dem Prinzip der „Politik von unten“ verpflichtet. Deshalb gehört Öffentlichkeit und Einwohner:innenbeteiligung zur Arbeitsweise der Linksfraktion, und deshalb wird die Linksfraktion nicht losgelöst vom Bezirksverband der Partei DIE LINKE agieren.